

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XII
A. Einleitung	1
B. Vorläufige Entscheidungen staatlicher Organe	5
I. Vorläufige Entscheidungen der Parlamente	6
II. Vorläufige Entscheidungen der Gerichte	9
1. Entscheidungen auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung	9
2. Entscheidungen ohne (ausdrückliche) gesetzliche Ermächtigung	11
a) Entscheidungen der Sozialgerichte	11
b) Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	14
III. Vorläufige Entscheidungen der Behörden	17
1. Entscheidungen auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung	17
2. Entscheidungen ohne (ausdrückliche) gesetzliche Ermächtigung	22
a) Entscheidungen der Polizeibehörden	22
b) Entscheidungen der Atombehörden	26
c) Entscheidungen der Subventionsbehörden	28
d) Entscheidungen sonstiger Behörden	30
C. Zulässigkeit vorläufiger Entscheidungen staatlicher Organe	34
I. Zulässigkeit vorläufiger Entscheidungen der Parlamente	35
1. Bedenken aus dem Prinzip der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes	36
a) Bestandskraft und Gesetzeskraft	36
b) Beeinträchtigung der Rechtssicherheit und des Vertrauens- schutzes	39
c) Konflikt mit dem Prinzip der Effizienz (und anderen Verfassungsgütern)	41
d) Konfliktvermeidung oder Kollision der Verfassungsgüter	42
e) Konsequenzen	44
2. Bedenken aus dem allgemeinen Gleichheitssatz	48
3. Ergebnis	50

II. Zulässigkeit vorläufiger Entscheidungen der Gerichte	51
1. Entscheidungen auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung	51
a) Bedenken aus dem Prinzip der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes	52
aa) Bestandskraft und Rechtskraft	52
bb) Beeinträchtigung der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes	54
cc) Konflikt mit dem Prinzip der Effizienz (und anderen Verfassungsgütern)	57
dd) Konfliktvermeidung oder Kollision der Verfassungsgüter	60
ee) Konsequenzen	61
b) Bedenken aus dem allgemeinen Gleichheitssatz	62
c) Ergebnis	62
2. Entscheidungen ohne (ausdrückliche) gesetzliche Ermächtigung	63
a) Bedenken aus dem Vorbehalt des Gesetzes	63
aa) Geltung für Eingriffe in Freiheit und Eigentum	63
bb) Geltung für „wesentliche“ Entscheidungen	66
cc) Geltung für „wesentliche“ Entscheidungen der Judikative	69
dd) Rückführung der vorläufigen Entscheidungen auf eine gesetzliche Grundlage	72
α) Einstweilige Anordnungen der Sozialgerichte	72
β) Übergangsregelungen des Bundesverfassungsgerichts	75
ee) Ergebnis	76
b) Bedenken aus der Bindung an das „Gesetz“ (Art. 20 Abs. 3 GG)	77
aa) Begriff der Gesetzeslücke	78
α) „Planwidrige“ Unvollständigkeit des Gesetzes	78
β) „Planwidrigkeit“ auf Grund des subjektiven Willens des Gesetzgebers	79
γ) „Planwidrigkeit“ auf Grund des objektiven Willens des Gesetzes	81
δ) Prinzipielle Gleichwertigkeit des subjektiven und des objektiven Willens	82
ε) Vorrangigkeit des subjektiven Willens im Konfliktfall	83
bb) Feststellung einer Gesetzeslücke hinsichtlich der vorläufigen Entscheidungen	85
α) Einstweilige Anordnungen der Sozialgerichte	86
αα) Fehlende Gesetzeslücke wegen des § 198 Abs. 2 SGG	86
ββ) Fehlende Gesetzeslücke wegen der §§ 180 Abs. 6, 181 Satz 2, 199 Abs. 2 und 3 SGG	89
γγ) Ergebnis und Konsequenzen	92
β) Übergangsregelungen des Bundesverfassungsgerichts	93
αα) Gesetzeslücke hinsichtlich der vorläufigen „Umsetzungs“-Regelungen	93
ββ) Gesetzeslücke hinsichtlich der vorläufigen „Weiteranwendungs“-Regelungen	97
γγ) Ergebnis und Konsequenzen	101
γ) Ergebnis	102
cc) Ausfüllung der Gesetzeslücke hinsichtlich der Übergangsregelungen des Bundesverfassungsgerichts	102

α) Begriff der Analogie	102
β) Analogie zu § 35 BVerfGG	103
αα) Rechtsähnlichkeit der „Umsetzungs“-Regelungen; Analogieverbot (Art. 103 Abs. 2 GG)	104
ββ) Fehlende Rechtsähnlichkeit der „Weiter- anwendungs“-Regelungen	106
γ) Analogie zu § 32 BVerfGG hinsichtlich der „Weiter- anwendungs“-Regelungen	107
αα) Rechtsähnlichkeit	107
ββ) Kein allgemeines Analogieverbot im öffentlichen Recht	109
γγ) Gebot der Erkennbarkeit und Voraussehbarkeit als Grenze für Analogien im öffentlichen Recht	113
δ) Ergebnis	119
c) Rechtfertigung aus der Bindung an das „Recht“ (Art. 20 Abs. 3 GG)	119
aa) „Gesetzes“-korrigierende Kraft des „Rechts“	121
α) Vermeidung „gesetzlichen“ Unrechts	121
β) Verfassungsgerichtliche Korrektur des „gesetzlichen“ Unrechts und deren Versagen	122
γ) Verhältnis des Art. 97 Abs. 1 GG zur „gesetzes“-korrigierenden Kraft des „Rechts“	124
δ) Beschränkung der „gesetzes“-korrigierenden Kraft des „Rechts“ auf krasses „gesetzliches“ Unrecht	126
bb) Übergangsregelung des Bundesverfassungsgerichts zur „Umsetzung“ des Abtreibungsurteils	127
cc) Einstweilige Anordnungen der Sozialgerichte	128
α) Vorliegen krassen „gesetzlichen“ Unrechts	129
β) Versagen der verfassungsgerichtlichen Korrektur	132
dd) Ergebnis	137
d) Ergebnis	138
III. Zulässigkeit vorläufiger Entscheidungen der Behörden	139
I. Entscheidungen auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung	139
a) Bedenken aus dem Prinzip der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes	139
aa) Bestandskraft	139
bb) Beeinträchtigung der Rechtssicherheit und des Vertrauens- schutzes	140
cc) Konflikt mit dem Prinzip der Effizienz (und anderen Verfassungsgütern)	142
dd) Konfliktvermeidung oder Kollision der Verfassungsgüter . .	144
α) Nebenbestimmungen als Alternative zur Vorläufigkeit . .	145
β) Personalvermehrung als Alternative zum Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO)	145
γ) Weitere Alternativen	148
ee) Konsequenzen	149
b) Bedenken aus dem allgemeinen Gleichheitssatz	154
c) Ergebnis	155

2. Entscheidungen ohne (ausdrückliche) gesetzliche Ermächtigung . . .	156
a) Bedenken aus dem Vorbehalt des Gesetzes	157
aa) Geltung für Eingriffe in Freiheit und Eigentum	157
bb) Geltung für „wesentliche“ Entscheidungen	160
cc) Keine Relativierung des Vorbehalts des Gesetzes	161
dd) Rückführung der vorläufigen Entscheidungen auf eine gesetzliche Grundlage	163
α) Gewohnheitsrecht als Ermächtigungsgrundlage	164
β) § 10 VwVfG und § 9 SGB X als Ermächtigungsgrundlage	165
γ) § 123 VwGO analog als Ermächtigungsgrundlage	167
δ) §§ 22 Abs. 4 VwVfG KOV, 42 Abs. 1 und 43 Abs. 1 SGB I, 164 Abs. 1 sowie 165 Abs. 1 AO, 11 Abs. 1 GastG und vergleichbare Bestimmungen analog als Ermächtigungsgrundlage	169
ε) Zu endgültigen Verwaltungsakten befugende Gesetze als Ermächtigungsgrundlage	171
ζ) §§ 36 VwVfG, 32 SGB X und 120 AO als Ermächtigungs- grundlage	175
αα) Abgrenzung des Geltungsbereichs der Absätze 1 und 2	177
ββ) Deutung der Absätze 1 und 2 als Ermächtigungs- grundlage	178
(1) Absatz 1	178
(2) Absatz 2	182
(a) Auflage	183
(b) Auflösende Befristung, auflösende Bedin- gung und Widerrufsvorbehalt	183
(3) Ergebnis	188
(4) Konsequenzen	190
γγ) Eigenart vorläufiger Verwaltungsakte als Neben- bestimmung	190
(1) Interimistische Geltung vorläufiger Verwaltungsakte als auflösende Befristung, auflösende Bedingung oder Widerrufsvorbehalt	191
(2) Unvollständige „Tatbestandsmäßigkeit“ vorläufiger Verwaltungsakte als Auflage	195
δδ) Gebot der Bestimmtheit und Klarheit gesetzlicher Grundlagen	198
εε) Ergebnis	202
ee) Ergebnis	203
b) Bedenken aus der Bindung an das „Gesetz“ (Art. 20 Abs. 3 GG)	204
aa) Feststellung einer Gesetzeslücke hinsichtlich der Befugnis, Verwaltungsakte vor der vollständigen „Tatbestandsmäßi- gkeit“ wirksam werden zu lassen	206
bb) Ausfüllung der Gesetzeslücke durch Analogie zu Absatz 2 Nr. 4 der §§ 36 VwVfG, 32 SGB X und 120 AO	212
cc) Ergebnis	215
c) Konsequenzen	216
aa) Begünstigende vorläufige Ermessensverwaltungsakte	216
bb) Begünstigende vorläufige Verwaltungsakte, auf deren Vergünstigung ein Anspruch besteht	222

cc) Belastende vorläufige Verwaltungsakte	224
d) Rechtfertigung aus der Bindung an das „Recht“ (Art. 20 Abs. 3 GG)	224
aa) Voraussetzungen	225
bb) Begünstigende vorläufige Verwaltungsakte, auf deren Vergünstigung ein Anspruch besteht	227
cc) Belastende vorläufige Verwaltungsakte	228
e) Ergebnis	231
<i>Schriftumsverzeichnis</i>	235
<i>Gesetzesverzeichnis</i>	251
<i>Sachverzeichnis</i>	261